

Seehofer warnt vor Szenario wie 2015

Flüchtlinge | Landes-CDU-Chef Strobl unterstützt Pläne des Innenministers / Gleichzeitig wächst die Kritik

Mit seinen Bemühungen um eine Lösung in der Flüchtlingspolitik sorgt Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) in der Union für Unruhe. Er warnt davor, dass sich die Ereignisse des Jahres 2015 wiederholen.

■ Von Norbert Wallet

Berlin. Seehofers Flüchtlingspolitik ist vor allem innerhalb der Union zum Gegenstand einer intensiven Debatte geworden. Dem Minister wird dabei vorgeworfen, mit seiner Politik neue Anreize für Schlepperorganisationen zu schaffen. Allerdings erhält Seehofer auch Unterstützung. Hintergrund des Disputs ist die von Seehofer signalisierte Bereitschaft, künftig ein Viertel aller im Mittelmeer aus Seenot geretteten Flüchtlinge aufzunehmen.

Seehofer hatte sich im September 2018 mit Italien, Frankreich und Malta auf einen Verteilschlüssel geeinigt. Am Dienstag findet in Brüssel ein Treffen der EU-Innenminister statt. Es wird erwartet, dass sich eine Reihe weiterer Staaten der Vereinbarung anschließen. Angesichts steigender Migrantenzahlen auf den griechischen Inseln warnte Seehofer vor einer größeren Fluchtbewegung als im Jahr 2015. »Wir müssen unseren europäischen Partnern bei den Kontrollen an den EU-Außengrenzen mehr helfen. Wir haben sie zu lange alleine gelassen«, sagte Seehofer der »Bild am Sonntag«. »Wenn wir das nicht machen, werden wir eine Flüchtlingswelle wie 2015 erleben – vielleicht sogar noch eine größere als vor vier Jahren.«

Seehofers Pläne waren be-



Mal wieder im Mittelpunkt: Bundesinnenminister Horst Seehofer

Foto: Fischer

reits bei ihrem Bekanntwerden auf Kritik gestoßen. Nun wendet sich auch der Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Ralph Brinkhaus (CDU), gegen Seehofer: »Wir dürfen Schlepperorganisationen nicht ermutigen, mehr zu machen«, sagt Brinkhaus. Auch das CDU-Präsidiumsmitglied Mike Mohring äußert Zweifel. »Das Risiko der jetzt von Horst Seehofer angestrebten Zwischenlösung ist, dass sie zur Dauerlösung wird«, sagte der CDU-Spitzenkandidat bei der Landtags-

wahl in Thüringen am 27. Oktober.

Nun melden sich aber auch Stimmen aus der Union, die sich hinter Seehofer stellen. Der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende und baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl sagte unserer Zeitung, er habe »Verständnis für den Vorstoß«. Das Thema Flüchtlinge könne nur europäisch gelöst werden. »Wenn das ein Einstieg in eine europäische Quotenlösung wäre, wäre das ein gigantischer Fortschritt, der

Deutschland hilft.« Brinkhaus habe allerdings Recht damit, dass »nichts, was man tut, ein Konjunkturprogramm für Schlepper sein darf.«

Zustimmung zu Seehofer kommt auch von den CDU-Fachpolitikern. Der für Innenpolitik zuständige stellvertretende Fraktionschef Thorsten Frei (Donauerschingen) sagte, Seehofers Vorstoß bringe »Ordnung ins Verfahren«. Es handele sich um einen »sehr kleinen Teil der Flüchtlinge«. Frei weist darauf hin, dass seit Juli 2018 bislang

225 aus Seenot Gerettete nach Deutschland kamen. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 2199 Flüchtlinge im Mittelmeer gerettet. Der Abgeordnete des Wahlkreises Schwarzwald-Baar hob hervor, dass Seehofers Plan auch eine Beendigungsklausel vorsehe, die bei erheblich steigenden Flüchtlingszahlen den Ausstieg aus dem Abkommen »binnen eines Tages« ermögliche.

Der CDU-Innenpolitiker Armin Schuster aus Weil am Rhein (Kreis Lörrach) nannte Seehofers Pläne »in der Sache richtig«. Wenn Schiffe mit Flüchtlingen in italienischen Häfen anlanden, dann »entsteht die Situation, dass von den Geretteten vier von vier Flüchtlingen nach Deutschland wollen«. Wenn künftig »drei von vier in andere Länder gehen, ist das doch ein Fortschritt«. Schuster hob hervor, dass mit Frankreich und Italien erstmals zwei wichtige EU-Staaten einem Verteilungsschlüssel zustimmen.

Auch die SPD stellt sich hinter Seehofers Vorschlag. Es sei gut, »dass es endlich einen Verteilungsschlüssel gibt«, sagt Nils Schmid, außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. »Horst Seehofer hat dabei die Unterstützung der SPD-Bundestagsfraktion sicher. Ich bin allerdings etwas verwundert über die gemischten Reaktionen der Union – Menschenleben in Seenot zu retten, ist doch ein christliches Gebot!«

Die Zahl der in Griechenland ankommenden Migranten bleibt derweil hoch. Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks haben in den ersten neun Monaten dieses Jahres 35 848 Migranten aus der Türkei zu den griechischen Inseln übersetzt. Im gesamten Vorjahr waren es 32 494.